Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 6

Artikel: Innerpolitische Streiflichter
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158348

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Innerpolitische Streiflichter.

Von **Jann v. Sprecher.**

Die innere Politik der Eidgenossenschaft hat in den letzten zwölf Monaten eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Man erinnert sich, daß seit der Verwerfung der sogenannten Krisenініtiative am 2. Juni 1935 der Faden ohne Unterbruch und in den verschiedensten Zirkeln weitergesponnen wurde, dessen Zweck es sein sollte, am Ende das gesamte nichtkatholische, „fortschrittliche" Bürgertum mit der Sozialdemokratie zusammenzubinden. Die Triebkräfte dieser Bewegung waren in zwei Polen konzentriert und verschiedener Art: auf der einen Seite die Sozialdemokratische Partei, die allmählich zu empfinden begann, daß sie durch eine Beteiligung an der Bundesregierung die Durchsetzung ihrer Ziele mit ganz anderer Beschleunigung betreiben könnte, als bei dem bestehenden Zustand — anderseits Teile eines in manchen Richtungen enttäuschten Bürgertums, das einen Ausweg aus der Krise nicht erkennen konnte, weil es den Mut und den Willen nicht aufbrachte, die einzig gegebenen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen zu ziehen. Diese aber bestanden vor allem in der Anpassung der öffentlichen Haushalte an die durch die Krise in bedeutendem Maß verminderten Einkünfte. Diese Maßnahme durchzuführen, mußte sich allerdings als entschieden undankbar erweisen. Dazu kam, daß man der Führung durch den Bundesrat nicht das Geringste mehr zutraute — aus diesen Gesichtspunkten heraus gebar in nicht unbedeutenden Kreisen auch des Bürgertums der Gedanke, es einmal mit einer andern Koalition zu versuchen, deren Grundgedanke die Vermeidung eben des Unangenehmen, der Anpassung, sein sollte.

Ganz unbestreitbar wuchsen die Schwierigkeiten zu einem gewissen Höhepunkt um die Jahreswende 1935/36, als das zweite Finanzprogramm unter Dach gebracht werden mußte. Die Krisenhaftigkeit des damaligen Zustandes zeigte sich dem Beobachter in aller Deutlichkeit anläßlich jener zahlreichen Nachtsitzungen des Nationalrates im Januar 1936, als stundenlang um die Biersteuer gerungen wurde und scharfe Debatten über die Frage der Währungsabwertung das Kommende dunkel erkennen ließen. Es offenbarte sich gerade wieder in jenen Tagen, trotz vereinzelten Ausnahmen, eine weitgehende Führungslosigkeit in Bern und wer jene Situationen miterlebte, als Johannes Huber unter dem Beifall der gesamten Linken bis weit in das Bürgertum hinein den Bundesrat herausforderte, dem

konnte ob der Zukunft damals wahrlich einigermaßen bange werden, zumal der Freisinn im Besondern gegenüber den Zerrversuchen seiner eigenen Linken sehr wenig Widerstandskraft erkennen ließ. Es waren damals in diesem Lager tatsächlich wohl nur wenige Köpfe, die, wie z. B. Nationalrat Ernst Wetter, bereit waren, kompromißlos weiterzugehen und dem neuen Koalitionsgebilde von Anfang an einen nicht übersteigbaren Damm entgegenzustellen, an dem in letzter Linie allerdings schließlich die Freisinnige Partei selbst hätte auseinanderbrechen können.

So schien damals und in den kommenden Monaten die Entwicklung unaufhaltsam zu jener Lösung zu führen, die die letzten Bollwerke des konsequent privatwirtschaftlichen Denkens — und wie wenige waren ihrer noch geblieben! — eingerissen und die föderalistischen Positionen gefährlichen Angriffen ausgesetzt hätte. Als dann aus der vollkommenen Ratlosigkeit des Bundesrates der 26. September erwuchs, da war es beinahe offenkundig, daß nach diesem Versagen der jetzigen Koalition eine Wendung nicht mehr zu vermeiden wäre. Es war jedenfalls ein Glück, daß ein sinnreicher Zeitablauf die Wahlen zum Nationalrat gerade ein Jahr vorher hatte stattfinden lassen, mit der Folge, daß die Gelegenheit, erneut zu wählen, vor dem Herbst 1939 nicht wieder erreichbar ist. Es dürfte wohl kaum bestritten werden, daß damals, unmittelbar nach der Abwertung, die Linkselemente einen beträchtlichen Auftrieb erhalten hätten und daß zudem die Möglichkeit, im Trüben zu fischen, in jenem kritischen Zeitpunkt gewiß von anderen Seiten mit Erfolg hätte benützt werden können. Nun dies nicht geschehen konnte, blieb eben nichts anderes übrig, als die Frucht auf gewöhnlichem Wege reifen zu lassen und alle die Kreise, denen der Gedanke der neuen Koalition, zumal im Strudel nach der Abwertung, als letzte Rettung erscheinen mochte, verdoppelten nun, da die Führungslosigkeit in Bern erwiesen war, ihre Bemühungen.

Der gewissermaßen offizielle Start der Bewegung, die fortan „Richtlinienbewegung" genannt wurde, erfolgte also ohne Zweifel unter recht günstigen Auspizien. Inzwischen war ja auch in Frankreich die Volksfront ins Leben getreten und was mochte näher liegen als eine Parallelschaltung mit jener andern Demokratie, zumal man dadurch gleichzeitig mit Entschlossenheit den Beitritt zur Front des internationalen Antifaschismus vollziehen konnte. Im wesentlichen waren es also bei allen Beteiligten ähnliche Motive, die zur Bildung der gemeinsamen Front zu führen schienen: Ein wirtschaftpolitisches Moment, nämlich die Überwindung der Krise durch inflatorische Mittel, wie Hebung der Kaufkraft und überhaupt die Einrichtung einer eigentlichen staatlichen Planwirtschaft, wie sie schon bei der Kriseninitiative im Vordergrund gestanden hatte und ob deren geplantem Umfang der selige Rudolf Wissel, lebte er noch, sich wohlig den Bart gestrichen hätte. Also Etatismus in Reinkultur! Das war der eine Pfeiler. Der andere hieß Anti-

faschismus. Es war ohne Zweifel beabsichtigt, zugleich mit der neuen Koalition alle die zusammenfassen und zu maßgebender Geltung zu bringen, die den fanatischen oder geschäftsmäßigen Wunsch hatten, ihre Abneigung gegen die diktatorischen Staaten auf dem Rücken der braven Mutter Helvetia abzureagieren. Daß nebenher in diesem Falle eine fast automatische Bindung an die Interessen der französischen Politik erfolgt wäre, wurde mit jener Befriedigung vermerkt, die die Gewährung eines seit bald 20 Jahren sorgsam und innig gepflegten Wunsches bedeuten mußte. Also Aufgabe der Neutralität!

Man mag aus dieser kurzen Skizze ersehen, welch ungeheure Gefahr die „Richtlinienbewegung", wenigstens in ihren schärfsten Konturen, für das Land hätte werden müssen. Die Sozialdemokratie war bereit, alle möglichen Bekenntnisse, insbesondere aber das zur Landesverteidigung, abzulegen, wenn nur ja das Geschäft zustande käme und wahrscheinlich hätte sie für diesen Erfolg am Ende auch noch einen höheren Preis bezahlt. Denn nichts steht im Grunde dieser Partei höher, als die glatte Einreihung der Schweiz in die Front des internationalen Antifaschismus. Es ist klar und ergab sich auch mit aller Deutlichkeit aus den steten Äußerungen der sozialdemokratischen Presse, daß das Bekenntnis zur Landesverteidigung, das die Sozialdemokratie in tausendfacher Prägung aus dem lieblichen Füllhorn ihrer Koalitionsbereitschaft über das andächtig lauschende Volk ergoß, überhaupt nur unter dieser Voraussetzung des Einsatzes gegen den Faschismus gemeint war und somit nur unter diesem Vorbehalt gewertet werden konnte.

So vereinigten sich denn Staatsvergötterung und außenpolitischer Fanatismus zu einem vorerst noch mehr geistigen Gebilde, dessen endlicher Verkörperlichung der klar denkende Bürger nur mit ehrlichem Mißbehagen entgegensehen konnte. Und die Entwicklung schien denn auch, zumal nach der Abwertung, die Koalitionsgenossen in ziemlich gerader Linie zum Erfolg zu führen.

Selbstverständlich galt es an erster Stelle, die Mehrheit des Freisinns für den neuen Bund zu gewinnen und es läßt sich nicht bestreiten, daß die Aussichten hiefür keineswegs ungünstig waren. Weitverbreitete Blätter, wie insbesondere die „Basler Nationalzeitung", setzten sich von Anfang an mit aller Deutlichkeit und dem ganzen Gewicht ihrer Publikumswirkung für die Bewegung ein. Indessen schien es, daß auch weiter rechts stehende Organe dieser Partei allmählich unsicher zu werden begannen, was im besondern von der „Neuen Zürcher Zeitung" zu sagen ist, wo sich übrigens eine unverkennbare Diskrepanz zwischen der unsichern Haltung des Zürchersitzes und der von Anfang an äußerst konsequent durchgesetzten ablehnenden Haltung des Bernerkorrespondenten ergab. Wenn so die Bewegung immer weiter um sich zu greifen drohte, gewisse Leute bereits ganz unverholen von einem kommenden Umfall der Bauernpartei und erheblicher Sympathie auf christlichsozialer Seite zu berichten wußten, so

mag der Grund dafür darin zu suchen sein, daß sich ein Mann für die Bewegung in führender Rolle zur Verfügung stellte, dessen politisches Prestige noch unangetastet erschien und dessen Persönlichkeit die Gloriole des erfolgreichen wirtschaftlichen Unterhändlers umgab, die sich allerdings bei einigermaßen kritischer Betrachtung als ein ziemlich weitgehendes Irrlicht erweisen mußte.

Herr Minister und Nationalrat Stucki hatte somit einen recht guten Start. Wenn nun das Ende seiner Richtlinienlaufbahn einem völligen Fiasko annähernd gleichkommt, so mag dies als ein weiterer Beweis dafür herangezogen werden, daß auch der größte Mann auf dem politischen Glatteis viel rascher zu Fall kommen kann, als er, der Würde und Bedeutung seiner eigenen Persönlichkeit bewußt, jemals hätte vermuten können. Sic transit gloria mundi!

Der rasche Aufstieg der Richtlinienbewegung war bis zum Luzerner Parteitag der Freisinnigen um die Mitte des Monats Mai 1937 unverkennbar. Eine geschickte Propaganda und ausgiebige und immer wieder wiederholte landesverteidigerliche Ergüsse der Sozialdemokraten sorgten im Verein mit der Bedeutung der Persönlichkeit Stucki's dafür, daß die Entwicklung nicht zum Stillstand kam und es ist zweifellos, daß weite Kreise des Volkes, jedenfalls wohl alle, die die Richtlinienbewegung von Anfang an als Gefahr erkannt hatten, mit Skeptis und Bedenken der Luzerner Tagung entgegensahen.

Die Entwicklung von dieser Tagung bis zum heutigen Tage ist dem Leser noch in frischer Erinnerung. Mitte Mai begann der Abstieg; denn die unerwartet scharfe Opposition der Welschen in Verbindung mit verschiedenen Ungeschicklichkeiten Stucki's erwies sich als zu schwer für das erst im Aufbau begriffene Gebäude. Am Oltener Parteitag vom 11. Juli wurde die Richtlinienbewegung als solche, d. h. wie sie von ihren Initianten in dem geschilderten doppelten Sinne gemeint war, ohne Zweifel begraben. Aus der Resolution des Parteitages verdient hervorgehoben zu werden die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Parteien, die sich vorbehaltslos zur Landesverteidigung bekennen und auf dem Boden des Privateigentums stehen. Wesentlich erscheint in der Resolution weiter die ausdrückliche Erklärung, daß eine eventuelle Zusammenarbeit mit andern Gruppen nicht die Preisgabe der bisherigen Beziehungen zu andern Parteien in der eidgenössischen Politik bedeuten könne — also die Sicherung der bestehenden Koalition. Damit war zugleich der stille Hauptzweck der Bewegung, nämlich die Herausmanöverierung der Katholisch-Konservativen, erledigt. Die Entwicklung hat also im Gegensatz zu den Erwartungen ihrer Urheber keineswegs die Bildung oder auch nur die Ermöglichung einer neuen Koalition gebracht, sondern nichts weiter ergeben als eine sehr allgemein gehaltene Erklärung, das „Zustandekommen einer allgemeinen, bürgerlichen Meinung über die schweizerische Politik", wie das Organ des „Vaterländi-

schen Verbandes" vermerkt, indem es mit Recht hinzufügt, es handle sich um nichts anderes, als eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit allein auf der Basis von Grundsätzen, die als geistiges Besitztum und als Bekenntnis der großen Mehrheit des Schweizervolkes und der bürgerlichen Parteien anerkannt sind.

Ist so die Richtlinienbewegung in ihrer ursprünglichen Konzeption einstweilen als erledigt zu betrachten, so hat außerdem der Oltener Parteitag wohl das vorläufige Ende einer führenden politischen Rolle des Ministers Stucki, recht eigentlich sogar eine deutliche Beeinträchtigung des Gewichtes seiner Persönlichkeit gebracht. Mit seinem denkbar ungeschickten Wort: „Arbeiten wir an der Verständigung, dann ist es mir hundewurst, ob ich hier der Geschlagene bin", hat er den Faden seiner politischen Führerrolle selbst abgeschnitten. Wohl nirgends so treffend ist der Sturz von diesem politischen Podest charakterisiert worden, wie in der „Weltwoche", die unter dem Titel: „Der Herr Minister im Irrgarten der Politik" recht lapidar, aber treffend, bemerkt:

„Weder war seine Rolle im Nationalrat eine solche, daß sie die Verfassungsbeugungen rechtfertigt, die notwendig waren, um ihm, dem eidgenössischen Beamten, den Eintritt ins Parlament zu ermöglichen, noch ist der Rückhall, den er beim Volke findet, wirklich so stark, daß man in ihm einen Führer von Format sehen kann. In keiner Weise ist der Rückhalt, den er beim Volke hat, etwa mit demjenigen Duttweiler's zu vergleichen. Unser Volk ist politisch zu instinktsicher, um sich ihm anzuvertrauen. Man mißtraut seinem Ehrgeiz ohne Machtwillen und seiner unbekümmerten Art, Dinge in Fluß zu bringen, ohne auch nur zu versuchen, sie zu meistern. Stucki ist sicher selber viel zu klug, um nicht einzusehen, daß die Schlappe, die er in Olten erlitten hat, ihm von vorneherein jede politische Laufbahn abschneidet, die wirklich diesen Namen verdient. Es gibt Niederlagen, aus denen man gestärkt hervorgeht; aber es gibt Nachgiebigkeiten, die einen Mann erledigen. Man kann nicht zu einer Aktion vorstoßen, die das politische Gefüge der Schweiz zu verändern droht und schon wenige Wochen später erklären, das habe man nicht gewollt, ohne sich selber politisch zugrunde zu richten."

Eine bessere politische Leichenrede konnte man wirklich kaum halten!

Das Erfreuliche an dieser Entwicklung liegt aber im wesentlichen keineswegs auf persönlichem, sondern auf grundsätzlichem Gebiet. Denn es hat sich erwiesen, daß unser Volk politisch nicht nur zu instinktsicher ist, um sich einem Herrn Stucki anzuvertrauen, sondern, daß es die Sicherheit seines Instinktes in der Sache selbst klar erwiesen hat. Der politische Lauf der letzten Wochen ist, so scheint uns, ein unverkennbares Kennzeichen hiefür.

Eines ist vorläufig beim Verlauf der ganzen Entwicklung zweifellos: Daß wir nämlich das vorläufige Scheitern der Mission Stucki im wesentlichen den Welschen zu verdanken haben, und ich glaube kaum, daß eine Abfuhr von erfrischenderer Deutlichkeit möglich wäre, als Valloton sie Stucki in Luzern bereitet hat. Wir sind überzeugt, daß in dieser Feststellung für die Zukunft bedeutsame Aspekte enthalten sind. Der Vorstoß

der Welschen gegen Stucki und die Richtlinien ist nichts anderes als ein deutlich erfolgreicher Vorstoß des Föderalismus und des Antietatismus gegen die feindlichen Kräfte. Es ist in diesem Zusammenhang übrigens sehr bemerkenswert, daß in den letzten Jahren die vernünftigen Gedanken auf dem Gebiete der Innenpolitik in manchen Punkten von der welschen Seite ausgegangen sind, was allerdings um so notwendiger war, als ihre außenpolitische Einstellung, die in manchen Punkten französischen Zielen folgte, die Schweiz in eine sehr einseitige Lage gebracht hatte. Von dort aus kamen doch die ersten Ansätze der Verteidigung einer Deflationspolitik lange vor der Abwertung, von dort aus ging der erste Angriff gegen die Subventionswirtschaft und das System der dringlichen Bundesbeschlüsse, von dort aus ging, nach dem völligen Versagen eidgenössischer Ordnungsschutzbestrebungen, die Bewegung gegen den Kommunismus, die sich in Kürze im Wege von Parteiverboten über die ganze welsche Schweiz ausgebreitet haben dürfte und deren Fortschreiten mit nicht zu übersehender Deutlichkeit die Vorzüge der kantonalen Selbständigkeit und vor allem die unerschütterte Vitalität der Kantone als Staatspersönlichkeiten erweist. Dort, in der welschen Schweiz, hat heute die wirklich neutralitätsbewußte außenpolitische Einstellung ihr beinahe einziges Element: Denn es ist schon lange als feststehende Tatsache zu werten, daß die Öffentlichkeit in der welschen Schweiz unter Führung der Presse gegenüber fremden Staatssystemen sich als bedeutend objektiver erweist, als die überwiegende Mehrheit unserer Presse und unserer Öffentlichkeit.

Materiell haben natürlich sehr verschiedene Elemente zusammengewirkt, um die Räder der Richtlinienbewegung zu bremsen und diese endlich vorläufig zum Stehen zu bringen. Der vollkommene Mißerfolg des Volksfront-Experiments in Frankreich, das dieses Land innerhalb eines Jahres einer doppelten Inflation unterworfen hat, mußte schließlich verschiedenen Verblendeten die Augen öffnen. Außerdem hat die wirtschaftliche Entwicklung seit dem 26. September 1936 zu einer Besänftigung der Gemüter wesentlich beigetragen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur politische Experimente vom Volk sehr vernünftigerweise als überflüssig abgelehnt werden, was übrigens nicht nur die Richtlinienbewegung zu spüren bekommen hat. Daß aber diese Konjunktur besteht, lehrt alleine schon ein Blick auf die Arbeitslosenziffern, während anderseits der Pessimismus der Abwertungsgegner in Bezug auf die Preisentwicklung bis heute durchaus widerlegt worden ist. Entgegen unermüdlichen Unkenrufen verdient einmal festgestellt zu werden, daß der Index der gesamten Lebenskosten in der Stadt Zürich Ende Juli 1937 137,7 Punkte beträgt gegen 131,5 im September 1936 und 128 Punkte im April 1935 als dem billigsten Monat der Nachkriegszeit. Es läßt sich somit die immerhin bemerkenswerte Tatsache feststellen, daß der Index seit seinem tiefsten Stande um 7,6 %, seit der Abwertung aber nur um 4,7 % gestiegen ist.

Über die Stimmung der Wählerschaft haben in den letzten Monaten zwei Wahlakte einen ziemlich eindeutigen Aufschluß gegeben: die Gemeindewahlen im Kanton Solothurn und die Wahlen in der Stadt Bern. Im besondern waren es die Bernerwahlen vom 4. Juli, die Aufsehen erregen mußten. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich um lokale Wahlen handelte, zeigten sie ganz fraglos die völlige Unwirksamkeit der Richtlinienparole, die von der sozialdemokratischen Presse deutlich herausgehoben worden war und es ist doch wohl bezeichnend, was im Anschluß an diese Wahlen in der kommunistischen „Freiheit" ausgeführt wurde:

„Was erleben wir denn jetzt in der Schweiz? Da, wo das Bürgertum wieder Vertrauen zu sich selber faßt, initiativ angreift und mutig kämpft, da ist es noch nicht verloren: Neuenburg, Bern, Genf."

So hat denn der einstweilige Ausgang der Entwicklung in der Richtlinienbewegung ohne Zweifel die Bedeutung einer erfreulichen Stabilität der eidgenössischen Politik gegenüber weiteren staatssozialistischen Versuchen. Man wird sich aber nicht verleiten lassen, diesen immerhin mehr negativen Erfolg zu überschätzen. Soll die politische Entwicklung der Eidgenossenschaft in der Folge einen wirklich befriedigenden Verlauf nehmen, so ist mit dem Rückschlag der Richtlinienbewegung einstweilen nichts weiter erreicht, als die Besetzung einer ersten Ausgangsstellung. Es gilt zu bedenken, daß von den halbstaatssozialistischen und zentralistischen Maßnahmen der letzten Jahre noch nichts zurückgenommen ist. Vielmehr stehen uns in dieser Richtung bedeutende Kämpfe bevor — so wird es aller Kraft bedürfen, um den Entwurf zur Sanierung der Bundesbahnen zu Fall zu bringen. Es läßt sich im weitern nicht bestreiten, daß ein Einbruch in die Subventionswirtschaft und in das Regiment der Vollmachten bis heute nicht gelungen ist.

Doch mag aus dem nunmehr vorläufig abgeschlossenen Kampf gegen die Richtlinien immerhin die Zuversicht geschöpft werden, daß starke Verteidigungspositionen vorhanden sind. Daß im übrigen der Gegner sich die Schlappen der letzten Monate gemerkt hat, geht nicht nur aus einem Artikel des Herrn Nobs in der „Roten Revue" hervor, sondern deutlich auch aus dem Abkommen, das in der Maschinenindustrie zustande gekommen ist. Es offenbart sich darin ein weitgehendes Verständnis für die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten des Tages, wie es vor einigen Jahren noch völlig undenkbar gewesen wäre. Es läge durchaus in dieser Linie, wenn das rote Bekenntnis zur Landesverteidigung, das heute nach wie vor antifaschistisch durchsetzt ist, im Laufe der Zeit den Charakter eines tatsächlichen Gesinnungswechsels ohne Vorbehalt annähme. Jedenfalls läßt das Abkommen in der Maschinenindustrie eine solche Vermutung zu und zwar in der Richtung, daß die Sozialdemokratie den von ihr befürchteten Angriffen des Faschismus — ist schon eine antifaschistische Koalitionsfront nicht herstellbar — durch eine direkte Verständigung unter

Aufgabe des Klassenkampfes und Einordnung in die Wehrgemeinschaft des Volkes zu begegnen sucht. Vielleicht zeigt es sich, daß die Erinnerung an das Schicksal der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie noch zu frisch ist, um nicht die Notwendigkeit einer rechtzeitigen und grundsätzlichen Umkehr erkennen zu lassen. Zeigt doch gerade das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie, wie leicht es zu spät sein kann.

Solche Entwicklungen stehen aber heute noch nicht in erreichbarer Nähe, sodaß darauf nicht abgestellt werden kann. Inzwischen muß unser Bestreben darauf gerichtet sein, die durch das Scheitern der Richtlinienbewegung besetzten Positionen mit Beschleunigung auszubauen, — nicht zu warten, bis ein weiterer Vorstoß gegen sie geführt wird, sondern von uns aus die Position Bern's vom Boden des Föderalismus und des Prinzips der freien Wirtschaft anzugreifen. Eine Bewährungsprobe in diesem Punkt steht uns bereits im Falle der eidgenössischen Vermögenszuwachssteuer unmittelbar bevor. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß diese Wertzuwachssteuer auch auf nicht realisierte Gewinne ausgedehnt sein soll und somit den Charakter einer Vermögensabgabe anzunehmen droht, zwingen insbesondere staatspolitische Gründe dazu, diesem erneuten Versuch, in die steuerpolitische Domäne der Kantone von Bundes wegen einzugreifen, grundsätzlich zu begegnen. Der Ausgang des Kampfes um die Richtlinienbewegung und insbesondere die tapfere Haltung unserer Welschen in dieser Frage mögen uns immerhin die Zuversicht geben, daß dieser und die kommenden Kämpfe mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden können, wenn wir auch vom Endziel, die staats- und wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten 40 bezw. 20 Jahre abzustoppen und zurückzubilden, noch weit entfernt sind.

Englands Kampf um seine Weltgeltung.

Von *_*, London.

Wer die heutige politische Lage Englands richtig beurteilen will, muß sich vor allem jene Ereignisse vor Augen halten, die in der letzten Zeit seine Politik bestimmten und bestimmen:

die Schlappe des abessinischen Krieges, den Krieg in Spanien, die Abdankung Eduards VIII. und die Reichskonferenz im Frühjahre.

Wer nun die Haltung Englands zur Zeit des Abessinienkonfliktes mit seiner heutigen Stellung vergleicht, kann den großen Fortschritt nicht übersehen, den England inzwischen gemacht hat, und um wieviel stärker es heute wieder seine Interessen in der europäischen und der Weltpolitik zur Geltung bringt.